

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion

Kampfmittelbeseitigungskonzept für das Land Brandenburg, DS 6/1226

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten und darin vom Landtag ausdrücklich unterstützt, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass dieser sämtliche Kosten für die Bergung und Vernichtung alliierter Kampfmittel übernimmt.

Begründung:

Brandenburg weist den höchsten Anteil an kampfmittelbelasteten Gebieten aller Länder der Bundesrepublik auf. Rund 350.000 Hektar seiner zivil genutzten Gesamtfläche stehen noch immer unter Kampfmittelverdacht. Allein in der Stadt Oranienburg wurden in den vergangenen mehr als 20 Jahren insgesamt über 180 Großbomben geborgen und unschädlich gemacht; darunter mehr als 100 Sprengbomben mit besonders gefährlichen Langzeitzündern.

Jährlich müssen durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes hunderte von Tonnen verschiedenster Kampfmittel vernichtet werden. Die Beseitigung ist sehr kostenintensiv. Das Land Brandenburg unterstützt zudem stark belastete Kommunen bei der Suche und Räumung jährlich mit Millionenbeträgen. Brandenburg hat so von 1991 bis 2014 rund 347 Millionen Euro für die Kampfmittelbeseitigung aufgewandt, jedoch nur rund ein Drittel hiervon vom Bund erstattet bekommen.

Für Brandenburg ist es wichtig, dass der Bund eine Zusage zur Übernahme sämtlicher Kosten der Kampfmittelbeseitigung gibt. Fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden zwischen Elbe und Oder immer wieder gefährliche Bomben aus alliierter Produktion gefunden. Zudem ist die Unterscheidung zwischen alliierter und reichseigener Munition nicht sachgemäß.

Brandenburg hat in der Vergangenheit mehrere Versuche unternommen, die vollständige Kostenübernahme des Bundes für die Kampfmittelbeseitigung durchzusetzen. Die Bundesratsinitiative aus den Jahren 2001/2002 gelangte im Bundestag nicht mehr zur Abstimmung und fiel der Diskontinuität anheim. Mit dem weiteren Vorstoß aus dem Jahr 2003/2004 gelang zwar eine Mehrheit im Bundesrat, nicht aber im

Bundestag. 2011 startete Niedersachsen mit Brandenburg eine gemeinsame Initiative und brachten einen Gesetzentwurf über die Finanzierung der Rüstungsaltenbeseitigung in den Bundesrat ein. Dieser Anlauf fand zwar die Zustimmung im Bundesrat, stieß bei der Bundesregierung jedoch auf Ablehnung. Aufgrund des Auslaufens der Legislaturperiode unterfiel auch dieser Vorgang der Diskontinuität.

Brandenburg hat daher in Absprache mit Niedersachsen den damaligen Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause dem Bundesrat vorgelegt und mit deutlicher Mehrheit in den Bundestag eingebracht.

Die Gefährlichkeit der Kampfmittel für Mensch und Umwelt nimmt stetig zu. Es muss jetzt gehandelt werden.

Für die SPD-Fraktion
Klaus Ness

Für die Fraktion DIE LINKE
Margitta Mächtig